



Frauenwürde Neuwied

Staatl. anerk. Beratungsstelle für Schwangere

Jahresbericht 2012

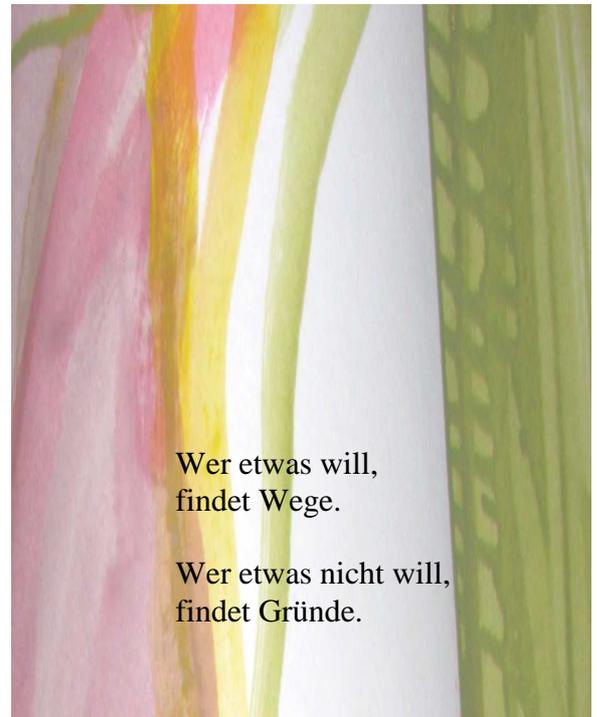
Die Feststellung einer Schwangerschaft ist nicht immer mit freudiger Erwartung verbunden, sondern manchmal auch mit innerer Ablehnung und „Katastrophenstimmung“. Häufig erleben betroffene Frauen eine Mischung aus ambivalenten Gefühlen und unterschiedlichsten Vernunft-Aspekten, wenn sie an die bevorstehende grundlegende Änderung ihres Alltags und ihrer Lebensplanung denken.

Die persönliche Beratung in einer staatlich anerkannten Beratungsstelle für Schwangere kann helfen, Fragen und Konflikte zu klären, einen ersten Überblick über mögliche Hilfen und bei Bedarf eine längerfristige Unterstützung und Begleitung zu erhalten.

Die **Grundlage unserer Beratungs- und Projektarbeit** bezieht sich auf gesetzliche Regelungen und das **Frauenwürde**-Beratungskonzept.

Unser Angebotspektrum:

- ◆ Schwangerschafts-Konfliktberatung mit Ausstellung des Beratungsnachweises
- ◆ Informationen zu rechtlichen Fragen und gesetzlichen Sozialleistungen, sowie Unterstützung bei der Geltendmachung von Ansprüchen
- ◆ Beratung zu sozialen und wirtschaftlichen Hilfen und die Vermittlung finanzieller Hilfen
- ◆ Aufklärung über Verhütung und Familienplanung und deren Finanzierung – wenn nötig auch Vermittlung von Finanzierungshilfen
- ◆ Psychosoziale Beratung bei Pränataldiagnostik und zu erwartender Behinderung des Kindes
- ◆ Unterstützung im Trauerprozess nach einer Fehl- oder Totgeburt, auch nach einem Schwangerschaftsabbruch oder einer Adoptionsfreigabe
- ◆ Sexualpädagogischer Projekttag in der Grundschule (4. Klasse) zu Themen wie Körperwissen und Körpergefühl, Verliebt-Sein, Schwangerschaft und Geburt ...
- ◆ Auf Anfrage stellen wir unsere Beratungs- und Projektarbeit bei interessierten Gruppen und Institutionen vor.



Wer etwas will,
findet Wege.

Wer etwas nicht will,
findet Gründe.

Frauenwürde

Ed.-Verhülsdonk-Str. 25
56564 Neuwied

Tel: 02631-343371
Fax: 02631-343373

frauenwuerde@freenet
www.frauenwuerde.de

Öffnungszeiten

Mo – Mi – Fr
8.00 – 12.00 Uhr

Di und Do
14.00 – 16.00 Uhr
zusätzlich Termine
nach Vereinbarung



Anzahl der **Beratungsfälle** insgesamt → **172** (29 % mehr als 2011)
davon **127** Erstberatungen

102 Frauen kamen zur
Schwangeren-**Konfliktberatung**
(12 % mehr als 2011)

70 Schwangere wünschten eine
Schwangeren-**Sozialberatung**
(67 % mehr als 2011)

Anzahl der **Beratungsgespräche** insgesamt → **323** (72 % mehr als 2011)
zusätzlich **648 Kontakte** (80 % mehr als 2011)
(Telefonate, Briefe, e-mails... mit anderen Institutionen oder Personen aus dem Umfeld der Klientinnen)

105 Gespräche (9 % mehr als 2011)
in der **Konfliktberatung**

218 Gespräche (136 % mehr als 2011)
in der **Sozialberatung**

Schwangerschafts-Konfliktberatung

Die bei einem Schwangerschaftsabbruch vorgeschriebene Konfliktberatung wurde 2012 in 102 Fällen in Anspruch genommen; alle beratenen Frauen nahmen die Beratungsbescheinigungen mit. 13 Schwangere – das sind **13 %** – meldeten sich anschließend zu einer weiterführenden Sozialberatung/Begleitung zurück, ein erfreulich **hoher Prozentsatz**.

Aus Erfahrung wissen wir, dass sich wahrscheinlich noch mehr Frauen trotz Mitnahme des Beratungsnachweises **für das Kind entschieden** haben. Nicht jede Frau teilt uns ihre Entscheidung mit bzw. bedarf einer weiteren Begleitung. Manchmal erfahren wir erst Jahre später von dem positiven Ausgang dieser existentiellen Krisensituation, die in der Schwangerschafts-Konfliktberatung bei uns zur Sprache kam.

Das Angebot, noch einmal in Ruhe über eine solch schwierige Entscheidung nachzudenken, wird fast immer als hilfreichen Schritt zu einer selbstverantworteten Entscheidung angesehen – trotz der gesetzlichen Verpflichtung dazu („Zwangsberatung“).

Die (statistisch gesehene) „**Durchschnittsfrau**“, die 2012 zur Schwangerschafts-Konfliktberatung in unsere Beratungsstelle kam, war 29 Jahre alt, deutsch, ledig und evangelisch. Sie kam alleine zur Beratung und hatte bereits ein Kind geboren. Außerdem verfügte sie über Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Zur Verhütung wurde ein Kondom benutzt. Die „Durchschnittsfrau“ hatte bisher noch keinen Schwangerschaftsabbruch machen lassen. Als Hauptgründe für die aktuelle Erwägung eines Schwangerschaftsabbruchs nannte sie „psychische Überforderung“, „wirtschaftliche Gründe“ und „zur Zeit keinen Kinderwunsch“. Die Konfliktberatung dauerte im Durchschnitt 70 Minuten.



- 80 % der beratenen Frauen lebten in **Stadt und Kreis Neuwied**, 20 % kamen aus den umliegenden Städten und Kreisen.
- 4 von 5 Schwangeren besaßen die deutsche **Staatsangehörigkeit**, 14 % stammten aus europäischen Nachbarländern und 7 % aus dem „Nahen Osten“ bzw. afrikanischen und asiatischen Ländern.
- Die meisten Frauen waren im Alter von 21 – 30 Jahren (42 %) und 31 – 40 Jahren (36 %). 6 Frauen waren älter als 40 Jahre. 16 Schwangere waren unter 21 Jahren, davon 2 Personen minderjährig.
- 52 % der schwangeren Frauen waren **ledig**, 26 % lebten in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft. Jede 4. Schwangere war alleinerziehend – eine Zunahme um 10 % im Vergleich zum Vorjahr.
- 75 % der Frauen waren bereits ein- oder mehrmals schwanger gewesen und 67 % hatten ein oder mehrere **Kind(er)**. Diese Frauen trafen die Entscheidung für oder gegen ihr ungeplantes Kind auf der Grundlage einer realen Erfahrung von Schwangerschaft, Geburt und kindlicher Entwicklung.
- Fast jede 3. Schwangere (29 %) hatte bereits einen oder mehrere Schwangerschafts**abbrüche** vornehmen lassen – das ist im Vergleich zu 2011 eine Zunahme um 9 %.
- 64 % der Frauen kamen **alleine zum Beratungsgespräch**, 26 % wurden vom Partner begleitet. 3 der 102 Frauen, die zur Konfliktberatung kamen, brauchten ein 2. Gespräch, bevor sie sich entscheiden konnten.
- 54 % der Schwangeren waren **berufstätig** oder in Ausbildung, 32 % gaben an, nicht berufstätig zu sein – eine Zunahme um 11 % im Vergleich zu 2011. 21 % der Frauen bezogen **Arbeitslosengeld II**.
- Je nach Sachlage wurden in der Beratung soziale, medizinische und juristische **Informationen** gegeben. In fast jeder Konfliktberatung sprachen wir über die gesetzlichen Hintergründe zum Schwangerschaftsabbruch, die Möglichkeiten der Kostenübernahme bei Schwangerschaftsabbruch oder Verhütung und über das Angebot einer Nachbetreuung.

... Gute Beratung ist Lebensschutz ...

- 15 % der ungewollt Schwangeren hatten bereits eine oder mehrere **Fehlgeburt(en)** bzw. eine Totgeburt. Die wiederkehrende Erfahrung von Verlust, Trauer und Abschied bei diesen „unglücklichen“ Schwangerschaften nahmen wir auch in 2012 zum Anlass, gemeinsam mit KollegInnen anderer Institutionen eine **„Gedenkfeier für früh verstorbene Kinder“** anzubieten, um damit das Leben dieser Kinder und die Trauer der Familien zu würdigen.
- Wenn möglich, wurde auch der individuelle **Abschied vom Kind** in der Beratung in geeigneter Form thematisiert – ein hilfreicher Schritt, um mit den schwierigen Gefühlen von Schuld, Trauer und Verantwortung umzugehen.
- Bei fast 1/3 der Schwangeren in der Konfliktberatung thematisierten wir die Möglichkeit der **Adoption**. Fast alle Frauen lehnten die Vorstellung, ein Kind 9 Monate auszutragen und es dann in fremde Hände zu geben, eindeutig und entschieden ab. Positiv betrachtet, kann es zu einer Nachdenklichkeit über die „Lebensweg“ - Optionen ihres Kindes bzw. zum Respekt für die Entscheidung von abgebenden Müttern führen.

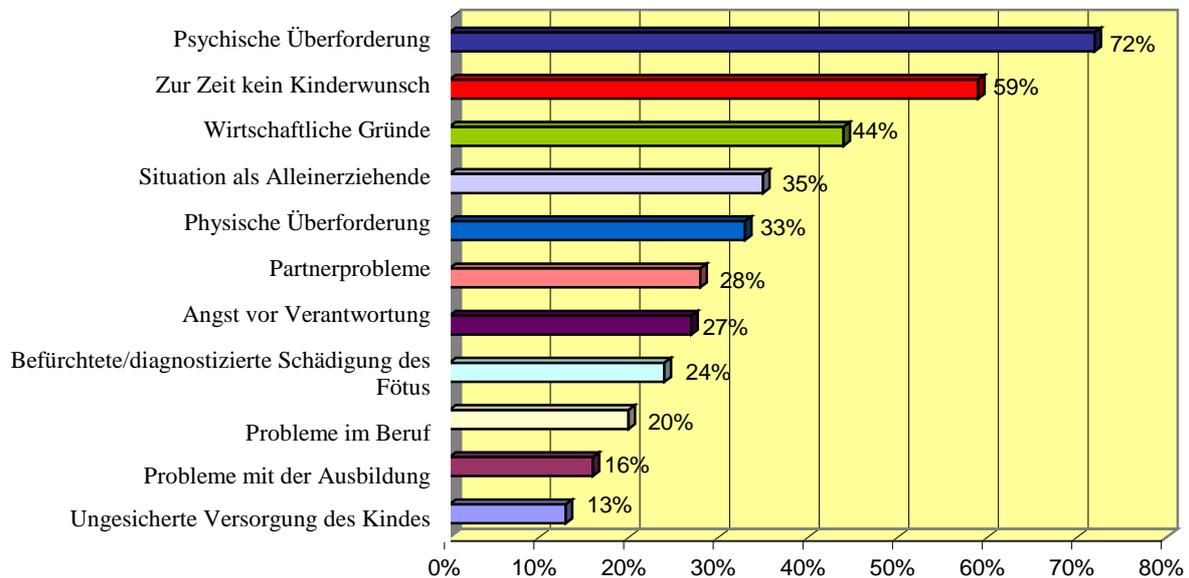
In einem Fall kam es 2012 zu einer **Adoptionsvermittlung** bei einer älteren, ernsthaft erkrankten Frau, die erst im 8. Schwangerschaftsmonat von ihrer ungewollten Schwangerschaft erfuhr. Schock und Ausweglosigkeit dieser Frau waren in den ersten Wochen extrem groß. Mit Hilfe der fachlichen Begleitung durch uns, dem Sozialdienst kath. Frauen in Koblenz und einer kleinen geschützten Einrichtung in Süddeutschland konnte diese Frau in einem längeren Beratungsprozess für sich eine Zukunftsperspektive entwickeln und ihrem Kind schließlich bei einer „vertraulichen Geburt“ das Leben schenken. Neben dem Aushalten von Ängsten und Selbstzweifeln war dieser Frau die Verschwiegenheit gegenüber Arbeitsstelle, Ex-Partner und dem gesamten Umfeld besonders wichtig. Sie war sehr dankbar für die vertrauliche Netzwerkarbeit (Absprachen mit Frauenarzt, Krankenhaus, Krankenkasse, Standesamt...) und wünschte sich sehr, dass ihr Kind in gute Hände kommt.

Ihre Bitte um Nachbetreuung durch unsere Stelle kommen wir nach. Wir bewundern ihre tapfere Haltung und wünschen, dass sie ihre schwere Entscheidung mit Zuversicht und Stolz in ihr Leben integrieren kann.



Hauptgründe für die Erwägung eines Schwangerschaftsabbruchs *

aus: Protokoll des Landesamts und Frauenwürde-Statistik, Konfliktberatung



Wie im Vorjahr wurden als wichtige Gründe für die Erwägung eines Schwangerschaftsabbruchs psychische Überforderung (72 %) und wirtschaftliche Gründe (44 %) genannt.

Was damit gemeint sein kann, zeigt die folgende Auflistung.

Psychische Überforderung kann bedeuten

- ◆ fehlende Unterstützung durch das persönliche Umfeld
- ◆ überhöhte Ansprüche an die Mutterrolle
- ◆ fehlende Belastbarkeit, keine „Familienreife“
- ◆ Probleme bei der Alltagsbewältigung
- ◆ Änderung der Lebensplanung nicht möglich
- ◆ fehlendes Selbstvertrauen
- ◆ psychische Erkrankungen wie Depression, Panikattacken, Suchterkrankung, Traumatisierung, Selbstverletzung

Wirtschaftliche Gründe können sein

- ◆ Wegfall des eigenen Einkommens wegen Betreuung des Kindes → Leben von Hartz IV
- ◆ Verlust des Arbeitsplatzes, keine Verlängerung des befristeten Arbeitsvertrags oder der Probezeit, Teilzeitarbeit ist nicht möglich...
- ◆ finanzielle Verpflichtungen können nicht eingehalten werden → Schuldenproblematik
- ◆ größere Wohnung, Umzug, größeres Auto... werden nötig bei weiterem Kind
- ◆ berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, bessere Verdienstmöglichkeiten werden fraglich

* Mehrfachnennung möglich



- Der Vergleich mit der Vorjahres-Statistik ergibt, dass in 2012 die physische Überforderung, Partner- und Wohnungsprobleme bei der Motivation für einen Schwangerschaftsabbruch **zugenommen** haben; außerdem häuften sich Schwierigkeiten im Beruf und die Angst um die Gesundheit des Kindes.
- Dass die Planbarkeit einer Schwangerschaft an Bedeutung zunimmt, zeigt die Häufigkeit der Nennung „**zur Zeit kein Kinderwunsch**“ (59 %). Die Betroffenen äußerten z.B. dazu, dass sie den rigorosen Regeln des Arbeitsmarktes (Probezeit, befristeter Arbeitsvertrag...) unterliegen würden oder dass sie für die Gründung einer Familie mit Kindern eine sichere Ausgangsbasis bräuchten.



- 15 % der Frauen im Schwangerschaftskonflikt gaben an, dass die Fortsetzung der Schwangerschaft mit dem Wegfall von Einkommen durch Berufstätigkeit verbunden wäre und die Folge ein sozialer Abstieg sei. Sie hatten **Angst vor Armut** durch das Kind und wollten nicht auf Hartz IV angewiesen sein.
- 13 % der **Kindesväter standen nicht zur Schwangerschaft**.
- In der Konfliktberatung kam ebenfalls zur Sprache, dass jede 4. Frau **keine abgeschlossene Ausbildung** hatte und 17 % bei der Fortsetzung der Schwangerschaft mit der **Trennung vom Kindesvater** rechnen musste. Mehr als ¼ der Frauen befürchteten, der **Verantwortung** für ein Kind nicht gerecht werden zu können. Jede 5. Frau wollte aus **Altersgründen** kein Kind.
- Obwohl es seit Jahren generell weniger **Wohnungsprobleme** gibt, fehlt es in Stadt und Kreis Neuwied immer noch an geeigneten bezahlbaren Wohnungen für große und kinderreiche Familien. Es kann mitunter Jahre dauern, bis eine Familie mit 4 und mehr Kindern ausreichend Wohnraum findet und umziehen kann. 20 % der ungewollt Schwangeren gaben Wohnungsprobleme an.
- 9 % der ungewollt Schwangeren hatten mit einer **Suchterkrankung** zu kämpfen - der eigenen oder der des Partners.
- Von den 102 Frauen, die innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen zur Konfliktberatung kamen, wünschte niemand ausdrücklich eine Beratung zur **Pränataldiagnostik**. Allerdings war bei 6 Personen die befürchtete Schädigung des Kindes eins von mehreren Themen in der Beratung. 2 Personen hatten bereits ein krankes/auffälliges Kind in der Familie; 7 Schwangere verfügten über Erfahrung mit einem behinderten Kind in der Familie.
- Der ganzheitliche Beratungsansatz von **Frauenwürde** bietet den KlientInnen genügend **Zeit** für eine umfassende Beratung. Manche Frauen können sich erst nach einer gewissen „Akklimatisierung“ für das Gespräch öffnen und die Chancen einer Beratung nutzen. Über die Hälfte der Schwangerschafts-Konfliktberatungen (54 %) **dauerte** 1 bis 1,5 Stunden.
- Nach Aussagen von KlientInnen hing die Entscheidung für das Aufsuchen unserer Beratungsstelle mit der **Besonderheit des Namens** „**Frauenwürde**“ zusammen. Der Name sprach sie spontan an; er vermittelte die Assoziation von „Angenommen-Sein“. Das freut uns sehr!

übrigens ...

Man lächelt, wenn man glücklich ist,
aber man wird auch glücklich, wenn man lächelt.

Axel Hacke, Süddeutsche Zeitung Magazin



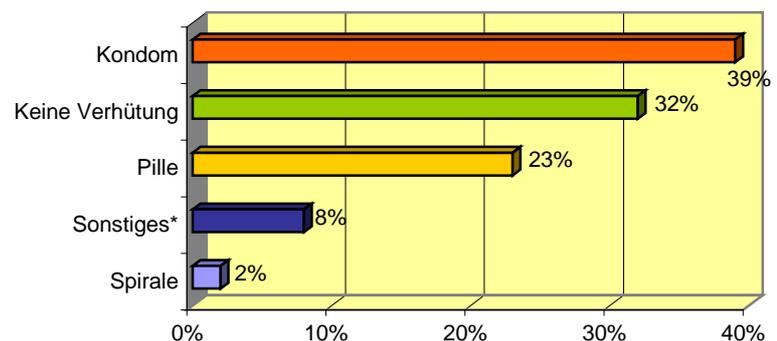
Immer noch keine Lösung bei Verhütungskosten

Die Frage nach der konkreten **Verhütungsmethode** (bei fehlendem Kinderwunsch) in der Konfliktberatung ergab, dass 32 % der Frauen/Männer keinerlei Verhütungsmittel nahmen. 23 % der Ratsuchenden gaben dafür Finanzierungsprobleme an. Weitere 23 % nannten Einnahme- bzw. Anwendungsfehler bei der Verhütung als Grund für die ungewollte Schwangerschaft.

Am häufigsten wurde ein Kondom benutzt; nur 2 % der Frauen verhüteten mit Spirale. Bei 25 % der Schwangeren war die Familienplanung bereits abgeschlossen. 5 % der Frauen hatten generell noch nie einen Kinderwunsch gehabt.

Verhütungsverhalten

aus: Frauenwürde-Statistik, Konfliktberatung



* Sonstiges:

Nuvaring, Natürliche Familienplanung, Persona, Pille danach, Coitus interruptus, trotz Sterilisation

Mit Gesprächen, Briefen und Aktionen versucht **Frauenwürde** Neuwied seit 2005 die kostenlose Bereitstellung von sicheren und verträglichen Verhütungsmitteln für einkommensschwache Personen zu erreichen, auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Die im Kreis Neuwied lediglich darlehensweise Gewährung von längerfristigen Verhütungsmitteln und Sterilisation in besonderen Härtefällen, wird der insgesamt ernstesten Problemlage von vielen Hartz IV-EmpfängerInnen nicht wirklich gerecht.

Auch der „**moralische Widerspruch**“, dass ein Schwangerschaftsabbruch aus Steuermitteln finanziert wird, eine sichere Verhütung jedoch nicht, bleibt für uns nicht akzeptabel.

Leider hat sich in den letzten Jahren zu diesem Thema so gut wie nichts verändert. Verhütungsmittel sind nicht ausdrücklich im Arbeitslosengeld II-Regelsatz eingerechnet, sondern sind dem Bereich der Gesundheitsfürsorge mit einem monatlichen Betrag von 16,43 € zugeordnet. Von diesem Betrag müssen Medikamente, Zuzahlungen sowie nicht verschreibungspflichtige Medikamente und anderes (Grippe- und Schmerzmittel, Pflaster und Fieberthermometer...) bestritten werden.

Die Kosten für **Verhütungsmittel** sind unterschiedlich hoch; sie betragen durchschnittlich:

0,50 € - 1 € für ein Kondom, 12 € monatlich für die Anti-Baby-Pille, 17 € monatlich für den Nuvaring 200 € / 3 Jahre für die Kupferspirale bzw. 350 € / 5 Jahre für die Hormonspirale. Die Sterilisation bei einer Frau kostet ca. 650 €, bei einem Mann ca. 500 €.

Für junge Frauen sind ärztlich verordnete Verhütungsmittel bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres kostenfrei – die Krankenkassen übernehmen in den meisten Fällen die Finanzierung.

Gemäß unserem **Frauenwürde**-Beratungskonzept werden wir uns auch weiterhin für eine gesetzliche Verbesserung für Frauen, Kinder und Familien einsetzen, besonders auch beim Thema kostenlose Verhütung für einkommensschwache Personen. Hier sind die **Aussichten** auf eine erfolgversprechende Initiative der Jugend- und FamilienministerInnen der Bundesländer **so gut wie noch nie** seit 2004. Viele ungewollte Schwangerschaften und Abtreibungen könnten mit einer gesetzlichen Veränderung vermieden werden.



Schwangerschafts-Sozialberatung

In der Schwangerschafts-Sozialberatung machen wir den ratsuchenden Frauen das Angebot, sich zu allen Themen rund um Schwangerschaft und Geburt zu informieren und bei Bedarf Hilfe zu erhalten bzw. zu vermitteln. Die Unterstützung durch unsere Beratungsstelle kann grundsätzlich bis zum **3. Lebensjahr des Kindes** erfolgen, in besonderen Fällen allerdings auch länger dauern.

Die Gesamtzahl der Sozialberatungen in 2012 betrug 70; das sind 67 % mehr als im Vorjahr und damit die **Höchstzahl an Sozialberatungen** seit Beginn der Beratungsarbeit bei **Frauenwürde** Neuwied überhaupt. Die Komplexität der Fälle hatte zur Folge, dass wir deutlich **mehr Hausbesuche** bei Klienten in Stadt und Kreis Neuwied gemacht haben als bisher bei Sozialberatungen üblich war. Auch die Anzahl und Intensität der Kooperationen mit anderen sozialen Institutionen nahm zu. So gab es beispielsweise begleitende Besuche zu Gynäkologen, Jobcenter und Ausländerbehörde. Auch gemeinsame Gespräche mit Familienhelferinnen, Dolmetscher oder der Interventionsbeauftragten bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen fanden statt. Unsere Arbeit in verschiedenen Netzwerken nimmt auch deshalb zu, weil die **Beratungsfälle immer vielschichtiger** und schwieriger werden. Wir müssen häufiger Fachkräfte hinzuziehen z.B. bei häuslicher Gewalt oder Schuldenregulierung. KlientInnen sind häufig überfordert bei komplizierten Bestimmungen beispielsweise im Ausländerrecht oder bei behördlichen Antragsverfahren. In der Beratungsarbeit wird auch sichtbar, dass immer weniger Menschen ihren Lebensunterhalt mit eigener Berufstätigkeit sicher stellen können. Folge ist u.a., dass wir vermehrt Stiftungsanträge stellen, um z.B. Schwangeren zu einer rechtzeitigen und ausreichenden Mutter-Kind-Ausstattung zu verhelfen.

- 82 % der Klientinnen kamen aus Stadt und Kreis Neuwied, 18 % aus den umliegenden Städten und Kreisen. Fast 2/3 der Frauen suchte zum **1. Mal** unsere **Frauenwürde**-Beratungsstelle auf. 41 % der Sozialberatungen ergaben sich aus einer **vorherigen Konfliktberatung** bei **Frauenwürde** (auch aus Vorjahren), d.h. die Schwangere hatte sich gegen den Abbruch und für das Kind entschieden und wünschte eine weiterführende psychosoziale Begleitung.
- Für jede 3. Frau war es die **1. Schwangerschaft**, die sie zu uns führte; das Informationsbedürfnis war meist entsprechend groß. 2/3 der Schwangeren hatten bereits 1 Kind oder mehrere Kinder. Jede 4. Frau war alleinerziehend.
- Die große Mehrheit (76 %) der Frauen in der Sozialberatung waren zwischen 21 und 40 Jahren, 4 % waren **minderjährig** und 6 % **über 41 Jahren**.
- 4 von 5 Schwangern hatten die deutsche **Staatsangehörigkeit**. Mehr als die Hälfte der Frauen gehörten dem christlichen **Glauben** an.
- Jede 2. Schwangere (53 %) war **ledig**. Jede 3. Frau (33 %) lebte in einer eheähnlichen Gemeinschaft und jede 4. (27 %) war verheiratet.
- Bei 11 Frauen, die zur Sozialberatung kamen, war die Frage einer **sicheren Verhütung** „Thema Nr. 1“. Für 7 Frauen beantragten wir Gelder für eine Sterilisation und für 4 Frauen eine Hormonspirale. Bei der Bundesstiftung „Mutter und Kind“ und dem Bundesverein **Frauenwürde** gibt es die Unterstützung als einmalige Beihilfe und muss nicht zurück gezahlt werden. Die Hilfe bei der Kreisverwaltung wird als Darlehen bewilligt und vom Arbeitslosengeld II in monatlichen Raten abgezogen.
- In 7 Fällen war die **Angst vor einer Schädigung des ungeborenen Kindes** Beratungsthema. Anlass dafür war z.B. die erhöhte Einnahme von starken Medikamenten, ein bisher ungeklärtes familiäres Risiko für eine geistige Behinderung oder langjähriger Drogenmissbrauch.
- 3 schwangere Frauen wurden **per e-mail** bzw. telefonisch beraten.

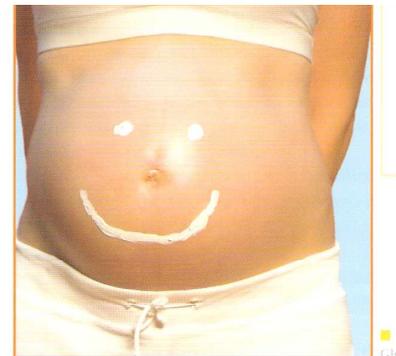


Wenn die gesetzlichen Hilfen für Schwangere bzw. junge Familien nicht ausreichen, können wir als Beratungsstelle bei der **Bundesstiftung** „Mutter und Kind“ bzw. der **Landesstiftung** „Familie in Not“ Anträge auf finanzielle Unterstützung stellen. Besteht z.B. eine wirtschaftliche Notlage, helfen die Stiftungsmittel etwa beim Kauf der Erstausrüstung des Kindes, bei der Weiterführung des Haushalts oder bei der Betreuung des Kleinkindes. Die Beratungsstelle muss erst die Einkommensverhältnisse überprüfen – denn die Zuschüsse der Bundesstiftung sind nur möglich, wenn andere Sozialleistungen nicht ausreichen oder nicht rechtzeitig eintreffen.

Seit über 25 Jahren unterstützt die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ werdende Mütter in finanziellen Notlagen. Die zielgenauen Hilfen können in der für schwangere Frauen kritischen Übergangsphase ihres Lebenslaufes für wirksame Entlastung sorgen oder auch ermutigende Perspektiven ermöglichen. Die Bedeutung der Stiftungsleistungen als präventiver Lebens- und Kinderschutz hat in den letzten Jahren zugenommen. Auch die Notlagen der Schwangeren haben sich verschärft durch prekäre Einkommenssituationen, psychische Erkrankungen und Zukunftsängste.

Die finanziellen Hilfen der Bundesstiftung haben oft „**Türöffnerfunktion**“ für eine individuelle Beratung der Schwangeren bzw. für weiterführende präventive Angebote „Früher Hilfen“.

Die bundesweit 1.339 Schwangerenberatungsstellen vermitteln diese Stiftungsgelder hauptsächlich für die Erstausrüstung des Kindes, für Kautions-, Umzug-, Renovierungs- und Ausstattung der Wohnung, für notwendige Bedarfe der Schwangeren, zur Unterstützung des Lebensunterhalts, für Kinderbetreuung, Haushaltsführung, Sterilisation usw.



2011 in Rheinland-Pfalz:

- es wurden 469 Anträge an die Bundesstiftung gestellt (Anstieg um 190 Anträge)
- es wurden insgesamt 4.025.404 € an Hilfen bewilligt
- die höchste Einzelfallbewilligung betrug 13.000 €
- es gab 31.081 Lebendgeburten – die **zweitniedrigste Zahl an Geburten in der Geschichte des Landes**.

Für 17 % der 2011 in Rheinland-Pfalz geborenen Kinder wurde ein Bundesstiftungsantrag gestellt; dieser hohe Prozentsatz (fast **jedes 5. Kind**) zeigt, wie hoch die Zahl der Kinder ist, die **in prekären Verhältnissen** aufwachsen müssen.

In 2012 stellten wir insgesamt **29 Stiftungsanträge** und vermittelten ca. **41.597 €** an unsere KlientInnen. Das ist die **Höchstzahl der Stiftungsanträge** und die **Höchstsumme an bewilligten Geldern** überhaupt seit Beginn der Beratungsstellenarbeit in 2011.

Auch über unseren **Frauenwürde-Notgroschen** konnten wir in 4 Fällen sehr schnell und unbürokratisch mit **885 €** helfen. Häufig können wir diese finanzielle Soforthilfe über bewilligte Stiftungsmittel aus Mainz wieder in die „Notgroschen“-Kasse zurückgeben.



Ein Fallbeispiel aus unserer Beratungsarbeit

Frau S. sprach im Rahmen der **Konfliktberatung** in unserer Beratungsstelle vor. Sie befand sich in der 8. Schwangerschaftswoche, war schon Mutter zweier Kinder im Alter von 6 und 2 Jahren. Zunächst war sie sehr hin- und hergerissen, ob sie das Kind bekommen sollte oder nicht. 3 Kinder seien ihr eigentlich zuviel, zumal sie und der Kindesvater ihren Lebensunterhalt aus Hartz IV – Mitteln bestritten. Andererseits sei sie schon 2 mal Mutter und wisse wie es sich anfühle, wenn ein Kind im Bauch heranwächst. Einen Abbruch vornehmen zu lassen und zu wissen, dass man Leben tötet - auch dies war keine Option für sie. Wir klärten Frau S. über die Möglichkeit einer **finanziellen Unterstützung durch die Bundesstiftung „Mutter und Kind“** auf und boten ihr einen weiteren Gesprächstermin an. Sie ging mit dem Satz **„Wenn ich das Herz schlagen sehe, bekomme ich das Kind,“** und nahm noch unentschieden den Beratungsschein mit.

Erst 5 Monate später meldete sich die junge Frau erneut. Sie war sehr niedergeschlagen; ihr Partner hatte sich von ihr getrennt und sie mit ihrer besten Freundin betrogen. Er sei zu ihr gezogen und sie stehe nun allein mit 2 und bald 3 Kindern da. Sie berichtete, dass sie sich doch für das 3. Kind entschieden hatte, gegen den Willen des Partners. Die junge Frau plagten ferner **finanzielle Sorgen**, da sie noch **Schulden** für Strom, Möbelkäufe und Mietrückstände abtragen musste. Zudem hatte der Partner Tisch, Stühle und andere Einrichtungsgegenstände mitgenommen, die nun fehlten und die sie aufgrund der engen finanziellen Situation nicht kaufen konnte.

Das größte Problem war jedoch zur Zeit, dass sie keine Schwangerenbekleidung für den Winter hatte. Wir informierten sie über ihren Anspruch auf **einmalige Beihilfen im Rahmen der Schwangerschaft für Schwangerenbekleidung und Babyerstaussstattung beim Jobcenter**. Leider verzögerte sich die Antragsbearbeitung beim Jobcenter so sehr, dass wir Frau S. 100 € aus unserem Notgroscher vorlegten. Gleichzeitig stellten wir einen Antrag an die Bundesstiftung „Mutter und Kind“, die darauf hin innerhalb von 3 Wochen eine **ergänzende Hilfe zur Grundsicherung und eine monatliche Hilfe bis zur Geburt** bewilligte.

Ferner vermittelten wir Frau S. in eine **Schuldnerberatungsstelle**, um ihr fachliche Hilfe zur Bewältigung der Schuldenproblematik zur Seite zu stellen. Zuvor „sichteten“ wir mit ihr ihre Post, die sie seit 2 Monaten aus Angst vor neuen Gläubigern und Mahnschreiben nicht mehr geöffnet hatte. Jeder Brief bedeutete für sie Angst und Druck. Es war eine große Erleichterung für sie, die Briefe gemeinsam mit uns zu öffnen, zu sortieren und damit die Forderungen zu überblicken. Ihre Schulden beliefen sich auf ca. 14.000 €, hinzu kamen Zins und Zinseszins. Mit ihrem geringen Budget, 3 kleinen Kindern und der fehlenden Aussicht auf eine Arbeitsstelle, riet die Schuldnerberatungsstelle zu einer **Privatinsolvenz**. Frau S. war erleichtert, eine Lösung gefunden zu haben.

In 2 Wochen erwartet sie nun ihr 3. Kind – ohne Partner. Durch eine von der Krankenkasse bereitgestellte **Haushaltshilfe** erhält sie Unterstützung in der Bewältigung ihres Alltags in der Zeit um die Geburt. Ihr Hausarzt hatte ihr die Notwendigkeit dafür bescheinigt. Auch eine Hilfe durch eine **sozialpädagogische Familienhilfe** durch das **Jugendamt** ist beantragt.

Frau S. ist sehr froh über die vielfältige Unterstützung, durch die sie sich gut stabilisiert hat. Inzwischen freut sie sich auf das 3. Kind, 2 Wochen sind es noch bis zum Geburtstermin. Stolz sagte sie in der letzten Beratung: **„Das Baby kann ruhig kommen, ich freue mich darauf und ich werde das auch allein schaffen!“**

Auch wir freuen uns, dass Frau S. die unterschiedlichen Hilfen angenommen und sich so gut in ihre neue Lebenssituation als Alleinerziehende mit 3 Kindern eingefunden hat.

Sexualpädagogische Projektstage

In 2012 führten C. Schüürman, K. Schroeter und B. Liesenfeld 9 Sexualpädagogische Projektstage in Stadt und Kreis Neuwied und in Bendorf durch. Das bewährte Präventionsangebot richtete sich an 8 Grundschulen (4. Klasse) und an eine altersgemischte Gruppe (10 – 13 Jahre) der Blindenschule in Feldkirchen. Es wurden 172 SchülerInnen und 17 PädagogInnen bzw. Integrationsfachkräfte erreicht.

Aufgrund von mehreren Anfragen aus Förderschulen der Umgebung suchten wir den fachlichen Austausch mit der pro familia Beratungsstelle in Koblenz. Diese hat bereits Erfahrung zum Thema „Sexualität und Behinderung“. Wegen der begrenzten finanziellen und personellen Möglichkeiten unserer Beratungsstelle werden wir unser sexualpädagogisches Angebot jedoch leider nicht weiter ausbauen können.

Gedenkfeier für früh verstorbene Kinder

Wenn Geburt und Tod nah beieinander liegen, entstehen bei den betroffenen Eltern und Angehörigen Gefühle von Trauer und Schmerz, die von der Umwelt manchmal nicht ernst genommen und verstanden werden. Jährlich erleben in Deutschland etwa 300.000 Frauen in den 12 Schwangerschaftswochen eine Fehlgeburt; auch durch Totgeburt, plötzlichen Kindstod und Schwangerschaftsabbruch verlieren tausende Frauen ihr Baby. Ein Kind, das nicht lebend zur Welt kommt, hat im Mutterleib gelebt und ist gewachsen; es will verabschiedet und betrauert werden. Ein verstorbene Kind gehört zum Familiensystem dazu – denn die Beziehung zu ihm lebt weiter.



Im Sommer 2012 haben wir zusammen mit KollegInnen von drei anderen Institutionen zum 7. Mal eingeladen, dieser Kinder gemeinsam zu gedenken, an sie zu erinnern und ihre kurze Lebenszeit bei uns zu würdigen. Das Thema in diesem Jahr lautete „**Verwandlung – nichts bleibt wie es ist.**“ Ort der Veranstaltung war der Garten der Schmetterlinge in Bendorf-Sayn. Die Hausherrin, Fürstin zu Sayn-Wittgenstein, hatte uns schon zum 2. Mal dorthin eingeladen und sprach u.a. von ihrer persönlichen Verbundenheit zum Thema.

Sonstige Aktivitäten im Rahmen der Schwangerenberatung

Parallel zur eigentlichen Beratungsarbeit mit den Schwangeren und Müttern gibt es zahlreiche Aufgabenfelder, die für die **Qualitätssicherung der Beratung** und den reibungslosen Ablauf in der Beratungsstelle unverzichtbar sind. Dabei ist die enge Kooperation mit anderen Institutionen und Behörden genauso wichtig wie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den **Frauenwürde-**Vorständen auf Orts-, Landes- und Bundesebene und anderen ehrenamtlich Engagierten.

Die unterschiedlichen Aktivitäten dienen einer ganzheitlichen, vernetzten Beratung von Schwangeren und ihren Familien mit dem Ziel, einerseits den Schutz von Mutter und Kind zu gewährleisten (zielgerichtete Beratung) und andererseits eine selbständige Konfliktbewältigung durch die betroffenen Frauen zu ermöglichen (ergebnisoffene Beratung).

- **Computerkurs**, 1 Woche in Köln
- Netzwerktagung zum Thema „**Pränataldiagnostik**“, 3 Tage in Berlin
- Fortbildung „**Selbst-bewusste Kommunikation**“, 2 Tage, Fachhochschule Mainz
- 2 ganztägige **Fachtagungen** vom Bundesverein **Frauenwürde** in Köln
- Fachforum **Pränatalmedizin**, 1 Tag, Katharina-Kasper-Stiftung in Dernbach
- Fachtagung zu **Traumafolgestörungen**, 1 Tag Helios-Klinik in Diez



- eine Studentin der Fachhochschule Koblenz, Studiengang Bachelor of Arts: Soziale Arbeit, absolvierte im September 2012 ein 3-wöchiges Praktikum in unserer Beratungsstelle. Sie lernte die verschiedenen Arbeitsfelder kennen und hospitierte bei Einzelgesprächen und Gruppenangeboten.
Die junge **Praktikantin** ist selbst Mutter von 2 kleinen Kindern und dadurch mit der Thematik gut vertraut.
- Auf **Einladung** von **Frauenwürde** Neuwied besuchte uns der Grüne **Bundestagsabgeordnete** aus der Region Koblenz, Josef Winkler, zu einem Hintergrundgespräch über aktuelle Themen (s. Presseanhang).
- Auf Anfrage der Rhein-Zeitung kam es zu einem **Pressegespräch** über den Rückgang der Schwangerschaftsabbrüche in 2011 und über die Beratungsarbeit bei **Frauenwürde** Neuwied.
- Im Sommer 2012 **besuchten** wir Dr. Saklaoui, den neuen **Chefarzt der Gynäkologie** des **DRK-Krankenhauses** in Neuwied. Es entstand ein interessantes, informatives Gespräch über Routine und Besonderheiten bei Schwangerschaftsabbrüchen und über Möglichkeiten der Kooperation. Wir nutzten die Gelegenheit, unsere Beratungsstelle vorzustellen.
- Im Herbst 2012 waren wir zu **Gast bei** den MitarbeiterInnen der Erziehung-, Ehe-, Familien- und **Lebensberatungsstelle** des Bistums Trier. Wir tauschten Informationen aus zu den Aufgabenfeldern und besprachen Berührungspunkte bei gemeinsamen KlientInnen. Nicht selten weisen wir in der Schwangerenberatung auf das kostenlose, professionelle Angebot der Lebensberatung Neuwied hin.
- Teilnahme an 4 **Vergabeausschuss-Sitzungen** der Bundesstiftung „Mutter und Kind“ und der Landesstiftung „Familie in Not“ in Mainz
- **Ausrichtung** bzw. Teilnahme an 2 überkonfessionellen **Arbeitskreisen zur § 219-Beratung** in Neuwied bzw. Ahrweiler mit Referentinnen zu den Themen „Seelische Erkrankungen rund um die Geburt“ bzw. „Medikamentöser Schwangerschaftsabbruch - Mifegyne“
- 2 malige Teilnahme am **„Lokales Netzwerk Kindeswohl“**, Arbeitskreis Jugendhilfe und Gesundheitshilfen, Neuwied
- 2 **Arbeitstreffen** mit KollegInnen aus der **Schwangerenberatung** des Caritasverbandes (CV) und des Diakonischen Werkes (DW) in Neuwied und anschließender kollegialer Austausch mit MitarbeiterInnen des Elisabeth-Krankenhauses Neuwied (Seelsorger und Psychologin) zum Thema **Pränataldiagnostik**
- 2 **Arbeitstreffen** mit VertreterInnen des **Job-Centers** und BeraterInnen von CV und DW in Neuwied
- Verschiedene **Arbeitstreffen** mit **Vorständen** und Mitgliedern von **Frauenwürde** e.V. auf Orts-, Landes- und Bundesebene
- **Arbeitstreffen** der SchwangerenberaterInnen aus Neuwied (CV, DE, FW) zur Finanzierung von Verhütungsmitteln – **Verhütungsfonds**
- **Besichtigung** der neuen **Wöchnerinnen-Station** des Elisabeth-Krankenhauses in Neuwied
- Teilnahme mit Infostand an einer gemeinschaftlichen Veranstaltung zum **Internationalen Frauentag** in Neuwied
- Teilnahme am **Weihnachtsmarkt** in Neustadt/Wied mit einem Info- und Verkaufsstand zwecks Spendenrekrutierung (650 €)
- Teilnahme am **Betriebsausflug** alle **Frauenwürde**-MitarbeiterInnen in Frankfurt/Rhein mit einer Stadtführung zum Thema „arm und reich“.



Beratung
ist
kostenlos
aber
nicht
umsonst

Finanzierung der Beratungsstelle

Vorstand und Beratungsstellen-Team von **Frauenwürde** Neuwied danken allen HelferInnen, die mit guten Anregungen, praktischer Hilfe oder finanzieller Unterstützung unsere Beratungsarbeit für Schwangere und unser sexualpädagogisches Angebot für Grundschulkindern ermöglicht haben.

Das ist in erster Linie die öffentliche Förderung durch Land und Kreis (80 %). Aber auch große und kleine Spenden durch Firmen und Privatpersonen, **Frauenwürde**-Mitgliedsbeiträge und Bußgelder aus Strafverfahren sind wichtige Beiträge zur Finanzierung der Restkosten.

Allen ein herzliches Dankeschön!

Unser Spendenkonto

Sparkasse Neuwied BLZ 574 501 20 - Kto. 211 730 - Sie erhalten eine steuerabzugsfähige Spendenbescheinigung.



Vorstandsteam des Vereins (von links)

Hanspeter Schladt, Anita Trostel, Margret Nörling, Günter Brenner, Elisabeth Freise

Seit Vereinsgründung im Jahr 2000 besteht das **Vorstandsteam** des Vereins **Frauenwürde** Neuwied in bewährter Formation und hat als Träger der Beratungsstelle die Hauptverantwortung gegenüber dem Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung in Mainz.

Das ehrenamtliche Engagement der fünf VorständlerInnen für die Belange der Beratungsstelle umfasst hauptsächlich die Sicherstellung von finanziellen und personellen Ressourcen. Zusätzlich kümmert sich der Vorstand noch um vieles andere, z.B. um die Pflege von Mitgliedern und Sponsoren, die Durchführung von Sonderaktionen wie Weihnachtsmarkt, Betriebsausflug, Renovierung der Beratungsstelle usw.

Team der Beratungsstelle

 (von links)

Beatrix Liesenfeld (Dipl.-Soz.päd., Leiterin)
Christa Heinzelmann (Verwaltung)
Monika Rink (Dipl.-Sozialarbeiterin)



Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sinkt

Konfliktberatung „Frauenwürde Neuwied“ kann Trend im Kreis bestätigen – Viele, teils auch widersprüchliche Gründe

Von unserem Redakteur Ulf Sterfftauseweh

■ **Kreis Neuwied.** Positive Nachrichten hat das Statistische Bundesamt kürzlich gemeldet: In Deutschland gab es 2011 weniger Schwangerschaftsabbrüche, und in Rheinland-Pfalz ist die Zahl mit einem Minus von über 8 Prozent sogar am stärksten zurückgegangen (die RZ berichtete).

Dieser Trend lässt sich auch auf unseren Kreis übertragen, wie Beatrix Liesenfeld und Monica Rink, Leiterin der Beratungsstelle „Frauenwürde Neuwied“, mit Blick auf die Beratungszahlen bestätigen. „2007 hat es unseren Start 2001 an bis dahin einen Anstieg zu verbuchen. Seit 2008 können wir uns über einen Rückgang freuen“, berichtet Liesenfeld, die Leiterin der staatlich anerkannten Beratungsstelle für Schwangere, auf RZ-Nachfrage.

Besonders erfreulich: Es werden weniger Minderjährige schwanger. Liesenfeld berichtet, dass landesweit zweimal hintereinander ein achtprozentiger Rückgang zu verzeichnen war, und dass sich das auch mit ihren Erfahrungen aus Neuwied deckt. In den sich im vergangenen Jahr drei Mädchen bei der „Frauenwürde“ beraten, die jünger als 16 Jahre alt waren. Hinzu kamen sechs Schwangere zwischen 17 und 18 Jahren.

Die Gründe für den allgemeinen Rückgang sind allerdings schwer herauszuarbeiten. Der wichtigste ist noch die demografische Entwicklung: Es sind aktuell einfach weniger Frauen im gebärfähigen Alter. Ansonsten ist, wie Lie-

senfeld betont, jede Beratung ein Einzelfall. Wenig lässt sich über einen Kamm scheren.

Und es gibt durchaus widersprüchliche Entwicklungen, die parallel verlaufen. Die Beraterin stellt zum Beispiel fest, dass die Begründung für einen Abbruch heute häufiger als früher lautet: „Ich will generell kein Kind.“ Auch der Mut zu Risiko und Verzicht sinke, während die Angst vor Einschränkungen durch ein Kind wachse. Und wie in der Gesellschaft allgemein, sei auch eine Zunahme von Schwangeren mit psychischen Problemen festzustellen:

„69 Prozent nennen eine psychische Überforderung als Grund für einen Abbruch“, weiß Liesenfeld.

Auf der anderen Seite berichtet ihre Kollegin Monica Rink, dass sie jüngst viele junge Frauen in der Beratung hatte, die eine Abtreibung von Anfang an kategorisch ausgeschlossen haben. Und eindeutig positiv sei, dass sich die soziale Abfederung verbessert hat. „Wenn man von Hartz IV leben muss, ist das natürlich hart, und wirtschaftliche Gründe werden nach wie vor häufig genannt. Aber gerade bei den Betreuungsmöglichkeiten hat sich einiges getan, wodurch der Mut zum Kind steigt“, sagt Liesenfeld



Seit 2008 freuen wir uns über einen Rückgang.“
Beatrix Liesenfeld ist Leiterin der Beratungsstelle „Frauenwürde Neuwied“.



„Oh Gott, ich bin schwanger“: Nach wie vor gibt es auch im Kreis Neuwied immer wieder Frauen, die verzweifelt über eine Abtreibung nachdenken und Rat suchen. Insgesamt sind die Zahlen aber rückläufig.
Foto: Jörg Niebergall

und ergänzt: „Dass in Rheinland-Pfalz die Kitas für Kinder ab dem zweiten Lebensjahr beitragsfrei sind, ist Spitze. Das kann ein Motiv sein dafür, dass sich eine Frau für das Kind entscheidet.“

Als weiteren Grund nennt die Sozialpädagogin schließlich, dass besser verhütet wird. „Es gibt ein bewussteres Verhalten“, berichtet sie, und Monica Rink ergänzt, dass sie deshalb regelmäßig in Schulen sexualpädagogische Projektarbeiten durchführen. Dennoch bleibt Be-

Diskussion über Familien- und Gesundheitspolitik

MdB Josef Winkler besuchte
Schwangerenberatungsstelle Frauenwürde in Neuwied



V.l.: Josef Winkler MdB, Beatrix Liesenfeld (Leiterin der Beratungsstelle), Sandra Mette und Hanspeter Schladt (Vorstandsvorsitzender) im Gespräch.

Foto: privat

Neuwied. Auf Einladung von Frauenwürde besuchte der Grüne Bundestagsabgeordnete aus der Region Koblenz, Josef Winkler, und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter F. Sparwasser die haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Schwangerenberatungsstelle Frauenwürde in Neuwied.

Im Sinne von Bürgernähe nahm Winkler den Wunsch der Beratungsstelle nach einem Hintergrundgespräch über aktuelle Themen wahr. Josef Winkler berichtete zunächst sehr anschaulich von seiner politischen Arbeit in Berlin und stellte sich dann den Fragen der interessierten Gäste des Vereins. In dem zweistündigen Meinungsaustausch wurden brisante Themen aus der Familien- und Gesundheitspolitik angesprochen und diskutiert: Betreuungsgeld, Verhütungskosten, Bluttest zur

Feststellung von Down-Syndrom usw.. Da Josef Winkler u.a. kirchenpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion ist, gab es ausreichend Gesprächsstoff für eine lebhaft Diskussionsrunde, denn auch Frauenwürde hat einen kirchenpolitischen Hintergrund. Der Verein Frauenwürde hatte sich vor elf Jahren als Projekt der KirchenVolksBewegung „Wir sind Kirche“ gegründet, um auch im „katholischen Lager“ Schwangerschaftskonfliktberatung mit Beratungsschein anbieten zu können. Diese kritische, an Menschen und christlichen Werten orientierte Position vertritt Frauenwürde auch heute noch engagiert in der täglichen Beratungsarbeit.

Pressemitteilung der
Schwangerenberatungsstelle
Frauenwürde Neuwied

Neustädter Erlös dient dem guten Zweck



Neustadt. Den Erlös des Neustädter Weihnachtsmarktes in Höhe von 9100 Euro haben die Organisatoren jetzt für den guten Zweck gespendet. Das Geld ging an die evangelische Kita, den katholischen Kindergarten, die Lebenshilfe Neuwied, den Verein für Menschen mit Behinderungen, die Grundschule Neustadt, das Mehrgenerationenhaus, den Verein Frauenwürde Neuwied sowie an das St. Josefshaus. Die Übergabe erfolgte durch Werner Salz und Manfred Clever. Foto: Beate Christ

Kräutersträuße für Frauenwürde

„Frauenwürde Neuwied“ erhielt 130 Euro-Spende

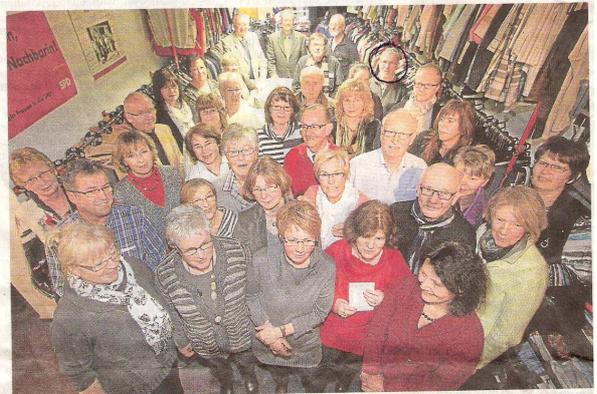


Frau Jungbluth und Frau Klein übergaben die Spende an Beatrix Liesenfeld.
Foto: privat

Neuwied. Sehr erfreut nahm Beatrix Liesenfeld, Leiterin der Schwangeren-Beratungsstelle Frauenwürde Neuwied, eine Spende von 130 Euro in Empfang. Frau Jungbluth und Frau Klein überbrachten die Spende im Namen der katholischen Frauengemeinschaft „Heilige Familie Block“. Die Frauen der Kfd aus Block hatten wie jedes Jahr im Spätsommer Sträuße aus unterschiedlichen Garten- und Gewürzkräutern gebunden und sie

nach einem Gottesdienst zum Verkauf angeboten. Beatrix Liesenfeld bedankte sich auch im Namen des Vereins für die Wertschätzung und Unterstützung der Beratungsarbeit aus dem „katholischen Lager“. Jede Spende hilft dem gemeinnützigen Verein „Frauenwürde Neuwied“ (Konto-Nr. 211 730, Sparkasse Neuwied, BLZ: 57450120) kompetente und engagierte Sozialarbeit für Schwangere und ihre Familien zu sichern.

SPD-Lädchen macht erneut Vereine und Institutionen glücklich



Neuwied. Es hat schon Tradition, dass das SPD-Lädchen in der Marktstraße kurz vor Weihnachten an seine Rücklagen oder besser ans Angesparte geht, um damit Vereinen oder Institutionen eine Freude zu bereiten. Auch bei der 29. Auflage platzte der Laden in der Marktstraße 103 bei der Übergabe der Schecks aus allen Nähten. Landrat Rainer Kaul war gekommen und bedankte sich bei den 23 Lädchen-Frauen für ihre ehrenamtliche Arbeit. Insgesamt 21 glückliche Antragsteller konnten von den Lädchen-Frauen mit ihrer ChefIn Agnes Roth einen Scheck in Empfang nehmen. 14.350 Euro galt es zu verteilen. Die Schecks gingen an Frau-

enwürde, Informa, Evangelische Kinder- und Jugendhilfe Oberbieber, Herrnhuter Kinderhaus, Lebenshilfe, Verein zur Betreuung blinder und sehbehinderter Kinder, AWO-Kindertagesstätte, Sozialdienst katholischer Frauen und Männer, VdK Neuwied, Förderverein Joseph-Eckert-Stift, Elternkreis drogenabhängiger und drogengefährdeter Jugendlicher, Tschernobyl-Hilfe Heimbach-Weis, Telefon-Seelsorge, Kinderschutzbund, Förderverein Marienschule, Blinden- und Sehbehinderten-Verein, Freundeskreis Neuwied-Matara, Förderverein Kinzing-Schule, Kinderschutzdienst und Frauenselbsthilfe nach Krebs.

Foto: Jörg Niebergall
RZ-24.12.



Diskussion über Familien- und Gesundheitspolitik
V.l.: MdB Josef Winkler, Beatrix Liesenfeld (Leiterin der Beratungsstelle), Sandra Mette, Hanspeter Schladt (Vorstandsvorsitzender)